

Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerei
Tageblatt Riesa,
Friedrichstr. 20,
Postfach Nr. 52.

Das Riesauer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Weißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfach Nr. 52
Riesa Nr. 52

Nr. 4.

Dienstag, 6. Januar 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintritts von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Wagnisse für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für den 39 mm breiten, 4 mm hohe Grundchrift-Beleg (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 84 mm breite Restameile 100 Gold-Pfennige; zentrauer und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bestellungen sind zu richten an den Verleger, Riesa, 14-tägige Unterhaltungsbeiträge. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Versanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Befreiung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Danner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Weststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Ullmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Die Ostreise des Reichskanzlers.

Rummelsburg, 6. Januar.

Der Reichskanzler und seine Begleitung nahmen im Landratsamt eine ausführliche Darstellung des Landrats Dreger und Rittersgutsbesizers Reihner-Zuckers über die Notlage des Kreises Rummelsburg, für die eine wirksame Abhilfe nur durch Steuernachlässe und Herabsetzung des Schuldenzinsdienstes zu schaffen sei, entgegen.

Reichsminister Treviranus betonte in seiner Antwort, daß die Bevölkerung der Ostmark versichert sein könne, daß alle Möglichkeiten wahrgenommen würden, um eine wirksame Abhilfe durchzuführen. Man möge aber bedenken, daß zu derselben Zeit, in der in diesem Rahmen große berechtigte Forderungen an das Reich gestellt wurden, gleichzeitig einschneidende Kürzungen des Etats und äußerste Sparlichkeit verlangt würden. Man sei aber entschlossen, in der Frage der Senkung der Lasten und Zinsen den bisherigen Weg weiterzugehen. So würden die Zinsen für die Umschuldungshypotheken, mit denen die Personalkredite abgelöst würden, von 11 bis 14 Prozent auf 5 Prozent gesenkt. Auch bezüglich der Schullasten werde eine Umlagerung erstrebt. Ebenso werde auch die Umschuldung nicht nach rein formalen Gesichtspunkten vorgenommen werden. Reichskanzler Dr. Brüning unterstrich die Ausführungen des Ministers. Besonders gefährlich in einer derartigen Zeit der Not sei eine Panikstimmung, die unweigerlich den Staatskredit und damit wiederum gerade die für den Osten beabsichtigte Hilfe gefährden müsse. Die Reichsregierung werde innerhalb des Rahmens der ihr überhaupt zu Gebote stehenden Möglichkeiten helfen. Aber Sparlichkeit sei zur Zeit das erste Gebot. Man möge sich indes bewußt sein, daß die Sparlichkeit auch dazu diene, die Mittel für ein wirkungsvolles Osthilfe zu schaffen.

Schneidemühl, 6. Januar.

Reichskanzler Dr. Brüning, Reichsminister Treviranus und die Herren ihrer Begleitung trafen gestern abend hier ein. Oberpräsident Dr. von Bülow war dem Reichskanzler bereits am Vormittag entgegengefahren. Auf dem Bahnhof hatte sich zur Begrüßung der Vizepräsident des Oberpräsidiums, Gans, eingefunden. Die Herren fuhrten zum Regierungsgebäude, wo sich um 7.30 Uhr die Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden, der grenzmärkischen Kreise, der Wirtschaft und der Presse zu einer Besprechung über die besonders Notlage in der Grenzmark Posen-Westpreußen einfanden.

Bei der Besprechung im Regierungsgebäude zu Schneidemühl wies Oberpräsident v. Bülow auf die außerordentlich unangenehme Lage der Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen hin. In der allgemeinen Wirtschaftskrisis, die den gesamten Osten treffe, komme in der Grenzmark die ungewöhnliche Armut und Not zu Tage. Die Bevölkerung der Provinz sei durch die Verunsicherung in drei unzusammenhängende Teile, die besondere Verunsicherungen schaffen. Wenn deshalb die Bevölkerung trotzdem treu zu ihrer Heimat bleibe, so sei dies ein Zeichen für ihre ungewöhnliche Widerstandskraft und gleichzeitig eine Warnung für das Reich, sich diese unerschöpflichen Bevölkerungselemente an Ort und Stelle zu erhalten und ihre Abwanderung zu verhindern.

Hierauf legten der Landeshauptmann der Provinz, Caspary, die Präsidenten der Landwirtschaftskammer, der Industrie- und Handelskammer, der Handwerkskammer und andere Vertreter des Wirtschaftslebens der Provinz von ihrem Standpunkt aus die Verhältnisse in der Grenzmark dar und begründeten die sich hieraus ergebenden Wünsche. Mit besonderem Nachdruck geschah dies durch den Abgeordneten und Führer des grenzmärkischen Landtages, Wege.

Zum erwiderte Reichsminister Treviranus etwa folgendes: Bei Durchführung der Osthilfe muß stets berücksichtigt werden, daß auch den Gläubigern ein Recht auf ihre Forderungen zusteht, sonst würde die Kreditversorgung der Landwirtschaft, insbesondere vom ausländischen Geldmarkt, sehr gefährdet werden. In den Kreisen, in denen die Not anerkanntermaßen besonders groß sei, sei beabsichtigt, den Betriebssicherungsfonds weitgehend einzusetzen, um die Umschuldung zu ermöglichen.

Rede des Reichskanzlers Brüning.

Reichskanzler Dr. Brüning, als letzter Redner, dankte für die Vorträge, zu denen er den Oberpräsidenten, aber auch die Herren selbst beglückwünschte. Wenn eine Regierung, so führte der Reichskanzler u. a. aus, von Monat zu Monat wachsende Schwierigkeiten zu überwinden hat, so ist sie gewöhnt, angegriffen zu werden und Ueberreizungen zu hören, so ist sie besonders gewöhnt, daß man von ihr fordert, daß sie jedem ein Versprechen abgibt. Das ist aber heute abend anders gewesen. Wir haben von Ihnen sachgemäße Darstellungen gehört. Sie sind versichert, für eine Regierung wie die jetzige in dieser Zusammenfassung wirken mögliche Forderungen und Wünsche viel überzeugender und durchschlagender als agitatorische Forderungen. Der Kanzler betonte, daß ihm und die anderen Teilnehmer an der Reise die Segens-

Die Abreise des Kanzlers zu seiner Ost-Fahrt

von Berlin mit (von links) dem Kommissar für die Osthilfe, Reichsminister Treviranus — Ministerialrat Dr. Fehler — Reichsbahnpräsident Dr. Dorpmüller — Reichskanzler Dr. Brüning — Ministerialdirektor Dr. Gorden Konrad Lang.



wünsche des Reichspräsidenten für die ganzen östlichen Gebiete begleiten, und so ist das nicht geschehen, um irgendwelche Versprechungen zu machen, die wir nicht halten können. Aber es gibt vieles, was man auch unter den ungünstigsten Verhältnissen mit kleinsten Mitteln zum Besseren wenden kann, und die Unterhaltungen von heute morgen haben uns gezeigt, daß trotz guten Willens auf allen Seiten es für die östliche Landwirtschaft nur für das östliche Gewerbe eine Reihe von Fehlerquellen gibt, die unbedingt beseitigt werden müssen. Fehlerquellen, die zum großen Teil in der Vergangenheit verhindert haben, daß sehr überlegte und wohlgemeinte Pläne der Reichsregierung und der preussischen Staatsregierung im Endeffekt nicht die Auswirkung jetzt haben, die sie hätten herbeiführen müssen.

Und wir stehen in einem historischen Abschnitt der Geschichte unseres Vaterlandes. Die Zeiten, wo man auf Grund von Reichstagsbeschlüssen gleich Hunderte von Millionen, später 50 und seit 1920 vielleicht noch 10 Millionen für einen Zweck mir nichts dir nichts bewilligen konnte, sind für die nächsten Jahre endgültig vorbei; und wenn Agitationsanstrengungen gemacht werden, so werden sie nicht mehr ernst genommen. Die Zeiten sind sehr nüchtern, aber um so verantwortlicher geworden, und es kommt darauf an, daß mit dem Wenigen, das die Wirtschaft der vergangenen Jahre uns gelassen hat, der jetzt höchst erreichbare Endeffekt für die deutsche Wirtschaft besonders aber im Osten geschaffen wird. Das ist nicht leicht, und die Reichsregierung weiß genau, daß sie auch bei dieser Aufgabe immer wieder auf Widerstand und Verleumdungen stoßen wird. Aber ich füge hinzu: eines ist entscheidend auch für den Osten: das ist der Mut zur Selbsthilfe. Das erhebe ich Ihnen vielleicht heute abend nicht sehr erfreulich, aber ich habe die Pflicht, dieses Wort auszusprechen und ich sehe diese Selbsthilfe nicht nur in einer Verbindung gemeinschaftlicher Arbeit, in einer Vereinfachung vieler damit zusammenhängender Dinge, in einer Vermeidung von Fehlern, die wir in vielen Gruppen kennen lernen, sondern in etwas anderem: die eminenteste Selbsthilfe ist die politische Selbsthilfe. Was soll es heißen, wenn im Osten sehr stark agitatorische Worte bei jeder Gelegenheit gebraucht werden und der Osten nicht die Kraft hat, im Reichstage es durchzusetzen, daß seine Abgeordneten die Mittel, die nötig sind zur Rettung des deutschen Volkes, aufbringen. Sie müssen im Osten erkennen und lernen, um was es in den nächsten Monaten im deutschen Vaterlande gehen wird. Sie müssen wissen, daß es nur mit Hilfe äußerster Arbeit und schwerer Pflichterfüllung für das deutsche Volk in allerhöchster Zeit geht, daß die Zeit der Phrasen und Illusionen vorbei ist, wenn wir überhaupt unser Vaterland retten können.

Um diese Erkenntnis bitte ich Sie heute inständig und um volle Erkenntnis der Gefahrenlage, in der sich heute unser geliebtes Vaterland befindet. Ich halte es für meine Pflicht, diesen ganzen Ernst der Situation Ihnen zu sagen. Ich habe die Pflicht, Ihnen zu sagen, daß wenn der Osten politisch seine Pflicht getan hätte, heute bereits gewaltige Summen für den Osten zur Verfügung gestanden hätten.

Ich schließe damit, daß ich Ihnen den Dank der Reichsregierung, den Dank des Herrn Reichspräsidenten, dessen Herz ununterbrochen für den Osten schlägt, ausdrücke für die Treue, die Opferwilligkeit und die Hingabe, die Sie als Grenzwohner an der gefährlichsten Stelle des deutschen Vaterlandes in den vergangenen 12 Jahren bewiesen haben, und ich danke darauf, wenn ruhige politische Erwägungen auch in Zukunft in diesen bedrängten Teilen

unseres Vaterlandes herrschen werden, daß es der Reichsregierung und der preussischen Staatsregierung gemeinsam mit Ihnen gelingen wird, den einen Gründungsstein für alle Zeiten durch ein sicheres Betonfundament zu legen.

Sehr harter begeisterter Beifall antwortete auf die in bewegtem Tonfall gesprochenen Reden des Kanzlers, worauf Oberpräsident v. Bülow noch den tiefempfundnen Dank für die Worte des Reichskanzlers und den Besuch ausdrückte.

Darauf ging die Versammlung auseinander und nur die Gäste aus Berlin blieben noch im engeren Kreise mit den prominentesten Persönlichkeiten eine Weile zusammen, worauf man sich gegen Mitternacht mit dem Zuge nach Königsberg weiter begab.

Der Kanzler in Königsberg.

Königsberg. (Funkpruch.) Der Reichskanzler ist auf seiner Ostreise heute vormittag 9 Uhr in Königsberg eingetroffen. Er begab sich zugleich zum Oberpräsidium zu den vorgesehenen Besprechungen mit den Vertretern der Behörden und der Wirtschaft.

Die Besprechungen des Reichskanzlers auf dem Oberpräsidium.

Königsberg. (Funkpruch.) Nach der Begrüßung auf dem Hauptbahnhof begaben sich der Reichskanzler und die ihn begleitenden Herren nach dem Oberpräsidium. Im großen Saal des Oberpräsidiums sprachen zu den Gästen und einer zahlreichen Versammlung zwei große Reden von Ostpreußens Not. In der Versammlung bemerkte man markante Köpfe ostpreussischen Geisteslebens, die Rektoren der Universität und der Handelshochschule, den Bischof von Ermland, Generalsuperintendent Dr. D. Gernerich, Vertreter der Wirtschaft, Verwaltung und Presse. Auch der um den Wiederaufbau der Provinz verdiente frühere Oberpräsident von Ostpreußen, von Batocki, war erschienen.

Als erster ergriff

Oberpräsident Dr. Siegh

das Wort. Seine Rede war kühl, knapp und klar und vielleicht deshalb um so überzeugender in ihrer Schilderung der Not dieses vom Reich abgetrennten Gebietes. Als der Oberpräsident auf die Beeinträchtigung der Interessen Ostpreußens durch die polnische Politik zu sprechen kommt, fordert die Versammlung um so aufmerksamer auf. Der Oberpräsident dankte nach Begrüßungsworten dem Reichskanzler dafür, daß er durch seine Reise in die Ostmark und besonders durch den dreitägigen Aufenthalt in Ostpreußen deutlich erkennbar den festen Willen der Reichsregierung und der Staatsregierung unterstreiche, nach der Befreiung der Ostmark den östlichen Grenzgebieten des Reiches verstärkte Aufmerksamkeit zu widmen und speziell der durch die Grenzsetzung nicht nur verarmten, sondern auch vom Reich räumlich völlig abgetrennten Provinz Ostpreußen und ihrem schweren Ringen um die Erhaltung ihrer Wirtschaft und Kultur und damit ihres Deutschseins beihilflich zu sein. Sie werden in diesen Tagen Gelegenheit haben, von den verschiedensten Seiten her die ganz besonders ernste und schwierige Lage Ostpreußens beleuchtet zu hören.

Als Einleitung zu diesen Einzelwünschen gab Oberpräsident Siegh einige allgemeine Bemerkungen über die Lage der Provinz. Das Ostpreußenproblem ist ungemein vielseitig. Ein Teil unserer Not beruht auf der allge-